
Tschechien

Petr Fiala

Die Frage der nationalen Identität und der nationalen Interessen der Tschechischen Republik wurden und werden im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt zum 1. Mai 2004 in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft intensiv diskutiert. Die unmittelbaren Anstöße zu den öffentlichen Diskussionen über die Fragen der nationalen Identität, der staatlichen Souveränität und der nationalen Interessen im Kontext europäischer Identität und Administration ergaben sich vor allem aus den Vorbereitungen des Landes auf den EU-Beitritt, der den innen- wie den außenpolitischen Status Tschechiens beträchtlich verändern sollte. Weitere Impulse erhielten die öffentlichen Debatten über diese Themen im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags, aus dessen Annahme oder Ablehnung durch die Mitgliedesländer der EU sich auch beträchtliche Folgen für die Tschechische Republik und ihre Stellung in der EU ergeben. Die Debatte über die nationale Identität und die europäische Integration war jedoch schon in den Jahren davor im Zusammenhang mit den Beneš-Dekreten und damit auch einem Fragekomplex der tschechischen Geschichte geführt worden.¹

*Nationale Fragen und die tschechische Politik nach
November 1989*

Das Wiederaufkommen von Fragen der nationalen Identität, der Souveränität und der nationalen Interessen in der tsche-

chischen Politik und Öffentlichkeit seit etwa der Mitte der 1990er Jahre mag auf den ersten Blick überraschen. Nationale Fragen spielten nämlich nach dem November 1989 – also dem Augenblick, als in der Tschechoslowakei und den anderen Staaten des Ostblocks das kommunistische Herrschaftssystem und die Zentralverwaltungswirtschaft durch die demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung ersetzt wurden – nur eine marginale Rolle. Verständlicherweise hatten die mit der Nationsidee und der Geschichte des Landes zusammenhängenden Themen in der ersten Phase der Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems so gut wie keine Bedeutung.

Beispielhaft ist die erfolgreiche Lösung von zwei staatsrechtlichen Fragen, die für die tschechische bzw. die tschechoslowakische Politik unmittelbar nach dem November 1989 von besonderer Relevanz waren – Fälle, die in den Jahren 1992 und 1993 endgültig gelöst werden konnten. Der erste Fall betraf das Problem Mähren, der andere das Spannungsfeld zwischen Tschechien und der Slowakei. Ich kann hier nicht auf die tieferen Ursachen und Konstellationen dieser Probleme eingehen, möchte jedoch wenigstens die wichtigsten Fakten erwähnen.

Das Problem Mähren betraf die insgesamt unbefriedigenden formalrechtlichen und sozial-ökonomischen Fragen dieser Region (Mähren gehört zu den historischen Ländern Tschechiens) im Rahmen der damaligen Tschechoslowakei. Diese Situation führte Anfang der 1990er Jahre zu beträchtlichen Erfolgen der Region Mährens bzw. Moraviens, näherhin zur Stärkung der pro-mährischen Parteien sowie der ökonomischen und staatsrechtlichen Kompetenzen dieser Region gegenüber den Prager Zentralbehörden.²

Der Versuch einiger betroffener Institutionen und Politiker, aus diesem primär sozial-ökonomischen Problem ein nationales Thema zu machen – sei es im Kontext der tsche-

chisch-mährischen oder der tschechisch-mährisch-slowakischen Beziehungen –, ist ganz und gar gescheitert. Die mährische Frage wurde praktisch dadurch gelöst, dass man Mähren von Seiten Prags gewisse marktwirtschaftliche Freiheiten einräumte, die es dieser Region ermöglichten, ihre ökonomischen und sozialen Beziehung zu Böhmen und der Slowakei freier zu gestalten und entsprechend die Abhängigkeit von Entscheidungen im Rahmen der Zentralplanung zu verringern. Die Geschwindigkeit, mit der die promährischen Argumente an politischer Unterstützung verloren, und der rasche Fall der promährischen Interessenvertreter in die politische Bedeutungslosigkeit veranschaulichen, dass die damalige tschechische bzw. tschechoslowakische Gesellschaft einschließlich der mährischen Region nicht gewillt war, die Hochstilisierung dieses innenpolitischen Problems zu einer nationalen Frage zu akzeptieren. Entsprechend blieb auch der Versuch wirkungslos, die regionalen Forderungen mit Argumenten der nationalen Identität und anderer spezifischer Interessen zu verknüpfen.

Das andere Beispiel berührt ein weit schwierigeres Thema und ein politisch betrachtet viel gravierenderes und riskanteres Problem: die Beziehungen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Republik im Rahmen der damaligen föderativen Tschechoslowakei. Diese Probleme betrafen nicht nur die Beziehungen zweier Länder, sondern zugleich auch zweier Nationen, die sich in ihrer Größe, Geschichte und Kultur wesentlich voneinander unterschieden.³ Die relativ junge slowakische Nation erlebte die Zeit nach dem November 1989 als Bestätigung und Stärkung ihrer nationalen Identität, und deshalb hatte sie – vereinfacht gesagt – die Fragen der Beziehungen zwischen beiden Teilen der Föderation vorwiegend aus dem nationalen Blickwinkel betrachtet, was in beträchtlichem Maße den emanzipatorischen Bemühungen der slowakischen Gesellschaft entsprach. In der tschechischen Gesellschaft da-

gegen hat sich diese Haltung nicht durchgesetzt. Dies war auch mit der wichtigste Grund dafür, dass die am 1. Januar 1993 vollzogene Teilung der Tschechoslowakei in zwei selbständige Staaten letzten Endes in merkwürdig schlichter und ruhiger Weise vor sich ging.⁴

Diese gewaltlose, schnelle und elegante Teilung eines Staates ist in der modernen europäischen Geschichte ohne Beispiel, und man kann sich diesen Schritt nur schwer unter der Bedingung vorstellen, dass beide Gesellschaftsnationen die Probleme überwiegend oder ausschließlich vom Gesichtspunkt der nationalen Frage her gelöst hätten.⁵ Die tschechische Gesellschaft konnte in diesem Punkt der Versuchung widerstehen, die Forderungen der Slowakei als eine Bedrohung der Interessen der tschechischen Nation, als einen Verrat der gemeinsamen Vergangenheit wahrzunehmen, und ließ nicht einmal das historisierende Argument einer einzigen tschechoslowakischen Nation gelten, die die slowakischen Separatisten rechtswidrig zerschlagen wollten. In der tschechischen Gesellschaft gewann eine rationale, bürgerlich-pragmatische Einstellung zur Slowakei die Oberhand, bei der die von nationalen Interessen geprägten Argumente lediglich eine geringe Rolle spielten – ein Umstand, der sich vorteilhaft auf die Teilungsverhandlungen und die technischen sowie rechtlichen Trennungsmodalitäten der beiden Staaten positiv auswirkte.

Beide Beispiele belegen, dass in der tschechischen Gesellschaft der 1990er Jahre Fragen der nationalen Identität und Interessen nicht Gegenstand der zentralen politischen Entscheidungen waren und dass die Versuche, die inneren oder äußeren Probleme des Landes zu Fragen von nationalem Gewicht zu stilisieren, erfolglos waren. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei weitere wichtige Fragen: 1. Warum spielten die nationalen Themen – zumindest bis zur ersten Hälfte der 1990er Jahre – in der tschechischen Gesellschaft praktisch keine Rolle? 2. Warum kam es an

der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert dann aber doch zur Belebung der Frage nationaler Identität?

Die tschechische Gesellschaft wurde in dem Augenblick, da sich das Land von der kommunistischen Diktatur befreite, durch wichtige Ereignisse bzw. Faktoren in Atem gehalten – Ereignisse, die das Aufkeimen der nationalen Probleme im öffentlichen Diskurs zunächst verhinderten und die keine Motive für solche Diskussionen darstellten.

Der erste Faktor, der er im übrigen keineswegs nur für die Phase nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems von Bedeutung ist, ist die Nationalitätenstruktur der Tschechischen Republik, die im europäischen Vergleich wohl die stärkste Homogenität aufweist (gemeinhin pflegt man diesbezüglich an erster Stelle Island anzuführen) – bei gleichzeitig schwachem prozentualem Anteil ethischer und nationaler Minderheiten. Der weitaus größte Teil der tschechischen Bevölkerung ist freiwillig in die Mehrheitsgesellschaft integriert und spricht die tschechische Sprache, was grundlegende homogenitätsstiftende Merkmale sind. In diesem Zusammenhang ist auch an das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in den Gebieten der Tschechoslowakei und der tragische Ausgang dieses Kapitels zu erinnern; aber auf diese Probleme kann hier nicht näher eingegangen werden.

Der zweite Faktor betrifft den sozialen Aufbau der tschechischen Gesellschaft, der noch um die Infrastrukturfaktoren zu ergänzen ist. Es gab in dieser Hinsicht keine bedeutenderen sozialen Unterschiede, wobei die Unterschiede in der ökonomischen Struktur der einzelnen Regionen nicht auf kulturell-historische Bedingungen zurückgeführt werden können. Eine Ausnahme bildet lediglich die mährischen Frage.

Der dritte Faktor betrifft die historisch-kulturellen Determinanten, die allerdings nur schwer zu erfassen sind. Dennoch gilt, dass die mehr als tausend Jahre währende

Kontinuität der tschechischen Nation, der erfolgreiche Prozess der sogenannten *nationalen Wiedergeburt* im 19. Jahrhundert und die in Mitteleuropa einzigartige demokratische Tradition der tschechischen Gesellschaft ein starkes Bewusstsein von Identität und natürlicher Souveränität bewirkt haben, das – mit wenigen Ausnahmen (z. B. Polen) – die anderen von der kommunistischen Diktatur befreiten Gesellschaften entbehren mussten.⁶

Dazu trug die Offenlegung und in bestimmter Weise auch die endgültige Lösung von Religions- und Kulturkonflikten bei, zu der es in der tschechischen Gesellschaft bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam. Bekanntermaßen wirkten und wirken sich die religiös-kulturellen Konflikte Tschechiens (vor allem die spezifische Form der Säkularisierung) begünstigend aus auf die nationale und regionale Identität, was allerdings auch zu national-defensiven oder separatistischen Haltungen führen kann.⁷

Weitere Faktoren wären zu nennen. Aber die hier vorgestellten Beispiele zeigen schon, dass sie ein Potential darstellen, das die nationale politische Argumentation nicht unbedingt begünstigt, und deshalb war das Thema der nationalen Identität und Interessen bis zur Mitte der 1990er Jahre bloße Rhetorik.⁸

Schwieriger ist es, die zweite Frage zu beantworten, warum sich nämlich diese Situation geändert hat und warum sich aus den Forderungen nach Annullierung der Beneš-Dekrete die Frage einer möglichen Bedrohung der nationalen Interessen und der Identität im Rahmen der Europäischen Union ergeben hat und zum Bestandteil des politischen Diskurses geworden ist.

Ich versuche dieses Problem am Beispiel der tschechischen politischen Parteien aufzuzeigen und dabei zu erkunden, warum die Frage der nationalen Identität und Interessen zu einem politischen Thema geworden sind. Ausgangspunkt für diese Analyse ist die nicht leicht zu inter-

pretierende Tatsache, dass es in den 1990er Jahren auch in anderen europäischen Ländern zu Prozessen kam, die wir mit dem etwas verschwommenen Begriff der *Renationalisierung* der Politik bezeichnen können. Die Ursachen dieser Entwicklung in der tschechischen Politik lassen sich im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückführen: 1. innenpolitische Faktoren, 2. außenpolitische, näherhin mitteleuropäische Faktoren und 3. internationale Faktoren, die als Globalisierungsprobleme zu bezeichnen sind.

Innenpolitik und nationale Interessen

Bei der Analyse der ersten Gruppe, den innenpolitischen Faktoren, ist es geraten, sehr vorsichtig an die Probleme heranzugehen. Bezüglich der nationalen Interessen ist zunächst zu sagen, dass die These, wonach die Liberalisierung der Märkte und wirtschaftlichen Institutionen die nationalen Interessen bedeutungslos erscheinen lassen, unhaltbar ist. Sinnvoller erscheint es mir, von einer Verschiebung der Interpretation dieses Begriffs im Sinne der realistischen bzw. neorealistischen Schule zu sprechen, die dafür plädiert, hinsichtlich dieser Frage von einem Wandel von einer objektiven zu einer subjektiven Kategorie zu sprechen. Als noch nützlicher zeigt sich jedoch, die policy-Analyse anzuwenden und mit der Theorie der politischen Parteien zu kombinieren. Zur Schlüsselkategorie avancieren dann aber nicht mehr die nationalen Interessen und deren Artikulierung, Vermittlung, Präsentation und – gegebenenfalls auch – Realisierung; vielmehr zeigt sich in den modernen pluralistischen Gesellschaften ein Mit- und Gegeneinander und damit eine Konkurrenz der Interessen verschiedener gesellschaftlicher und staatlicher Akteure. Diese erreichen ein solches Ausmaß, dass es nicht mehr möglich ist, ein nationales oder staatliches Interesse als ob-

jektive Größe festzulegen, denn seine Form gilt abhängig davon, welche gesellschaftlichen Gruppen oder politischen Parteien gerade stark genug sind, ihr Konzept außenpolitisch in die Waagschale zu werfen.⁹

Die Tatsache, dass man das nationale Interesse nicht „von oben“ bzw. objektiv festlegen kann, sondern dass sich die nationalen Interessen vielmehr im Rahmen des politischen Systems auf Grund der Interessenkonkurrenz verschiedener Akteure formieren, ist sehr wichtig. Die politischen Parteien etwa stellen im spezifischen Sektor der Außen- und Sicherheitspolitik nur eine Gruppe von Akteuren dar, wobei sie hier mit den Interessen der Bürokratie, der Sicherheitsinstitutionen, der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Interessengruppen sowie einer Reihe weiterer Akteure, die nicht selten übernationalen Charakter haben, konkurrieren. In dieser Interessenkonstellation nehmen die Parteien eine zwar wichtige, aber nicht immer unbedingt die bedeutendste Position ein. Ihre Position ergibt sich aus ihrem spezifischen Charakter. Teilweise übernehmen die Parteien die Kontrolle über den gesamten Prozess (oder versuchen es zumindest) und agieren als Repräsentanten der großen Interessengemeinschaften – eine Rolle, die sie in Konkurrenz mit den anderen Parteien bei den Wahlen durch die Voten der Wählerschaft legitimieren möchten. Für die Parteien, die aus Wahlen als Sieger hervorgehen, erweist es sich in der Regel als vorteilhaft, ihre außenpolitischen Ziele und Programme möglichst allgemein zu formulieren. Denn die Konkurrenz mit den anderen Parteien auf dem außenpolitischen Sektor und die spezifischen Probleme, die nationalen Interessen außenpolitisch auch durchzusetzen, lassen es geraten erscheinen, die außenpolitischen Ziele nicht zu konkret festzulegen. Dieser Hang wird noch durch die Tatsache verstärkt, dass die außenpolitischen Themen für die Parteimitglieder und Wähler in der Regel nicht sehr interessant sind.

Wenn also in Tschechien die Frage der sogenannten nationalen Interessen in den Vordergrund gerückt wurde, dann bedeutete dies meistens, dass diese Interessen tatsächlich dem jeweiligen innenpolitischen Diskurs entsprachen und diese Fragen von großen Teilen der Gesellschaft auch favorisiert wurden. Deswegen kamen die politischen Parteien in Tschechien nicht umhin, die entsprechenden Themen zu gegebener Zeit in den politischen Raum hineinzutragen. In der Öffentlichkeit können sich über längere Zeit ohnehin nur solche Themen halten, die von der Gesellschaft tatsächlich als Probleme wahrgenommen werden.¹⁰ Die Diskussion über die nationalen Interessen im Zusammenhang mit den Beneš-Dekreten und dem EU-Beitritt des Landes war also nicht das Ergebnis einer voluntaristischen Entscheidung der politischen Elite, sondern sie ist das Produkt der Interessenartikulation breiter gesellschaftlicher Gruppen. Diese Interessen geraten dann in Konflikt mit den Interessen anderer geographisch, sprachlich, historisch oder kulturell definierter Gruppen; in der Auseinandersetzung mit diesen kommt es dann zur Neuformulierung der Interessen.

Ich komme nun zum zweiten Grund für das Wiederaufkommen der Nationalisierung der tschechischen Politik, die vor allem die Faktoren Außenpolitik und Mitteleuropa betreffen.

Mitteleuropa und der Rückfall in die Vergangenheit

Seit den 1990er Jahren sind wir im mitteleuropäischen Raum mit einem Phänomen konfrontiert, das ich als *Vergangenheitsrezidiv*, d. h. als Rückfall in die oder Rückkehr der Vergangenheit bezeichne. In Politik, Kultur und Recht werden wir mit den Ereignissen und Folgen des Zweiten Weltkriegs und damit zusammenhängenden Fragen kon-

frontiert. Das Wiederaufflammen dieser Fragen nimmt unterschiedliche Gestalt an; diese reichen von einer neuen Entschädigungswelle über Rückgabeforderungen von beschlagnahmtem jüdischen Besitz seitens der Hinterbliebenen, über gerichtliche Prozesse gegen ehemalige Nationalsozialisten bis hin zu neuen Diskussionen über die Rolle der Staaten im Zweiten Weltkrieg und die Haltung der Gesellschaft gegenüber dem Nationalsozialismus und den deutschen Besatzern – Diskussionen, die zunächst in Österreich und der Schweiz ins Rollen kamen und dann auch andere mitteleuropäische Länder erfasst haben.

Die Wiederkehr der Vergangenheitsprobleme wurde gewiss auch durch den Zerfall der bipolaren Weltordnung hervorgerufen. Die scharfe Konfrontation zwischen dem Kommunismus und der freien Welt, zwischen *Ostblock* und dem *Westen* hat zwangsläufig viele Fragen und Probleme, die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit resultierten, überlagert oder verdrängt. Aber dass diese Probleme nach 1989/90 mit einem Mal wieder die öffentlichen Diskussionen bestimmten, hat auch generationsbedingte Ursachen. Denn parallel zu Fragen der Kriegsvergangenheit gab es in vielen mitteleuropäischen Ländern ebenfalls eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit. Wenngleich diese beiden Problemkreise sich bis zu einem gewissen Grade wechselseitig durchdringen, sind sie doch ihrem Wesen nach deutlich zu unterscheiden. Nur dann kann man ermessen, welche politische Bedeutung die sogenannten Beneš-Dekrete haben und welchen Einfluss sie auf die Außenpolitik von fünf oder gar mehr mitteleuropäischen Ländern haben.

Jene mitteleuropäischen Nationen, die von dem besagten Vergangenheitsrezidiv betroffen sind, befinden sich heute infolge der Nachkriegsentwicklungen in völlig unterschiedlichen Positionen – Positionen die selbstverständlich nicht dem Schema Täter-Opfer, Sieger-Besiegter entsprechen. Es

scheint daher notwendig, das Täter-Opfer-Paradigma aufzubrechen und zu überwinden. Dies ist nicht zuletzt deshalb problematisch, weil unter diesem Gesichtspunkt nicht einmal die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs konsequent beurteilt werden können. Einerseits ergab sich auf diese Weise ein beträchtliches politisches Diskussionsfeld; die Sudetendeutschen und die slowakischen Ungarn konnten mit Recht auf die Ungerechtigkeit und die Verbrechen hinweisen, die diesen Volksgruppen nach dem Krieg widerfahren sind. Andererseits kam es jedoch zur Beunruhigung jener nationalen Gesellschaften – einschließlich der tschechischen –, die sich traditionell als Opfer des nationalsozialistischen Regimes verstanden und die Nachkriegsereignisse einschließlich der neuen Eigentumsverhältnisse als Folge der deutschen Aggression interpretierten. Die Fragen und Problemfelder, die jahrzehntelang unterdrückt wurden, wurden mit einem Mal Gegenstand einer öffentlichen Debatte. In deren Folge kam es seitens der Öffentlichkeit und der Interessengruppen zu einem verstärkten Druck auf die politischen Parteien und teilweise auch auf die politischen und administrativen Institutionen, die sich bemühten, die Widerlegung der Vorwürfe in ihre außenpolitische Strategie einzubeziehen.

Es handelt sich dabei keinesfalls um eine spezifisch tschechische Entwicklung; diese zeichnet sich eher durch ihren reaktiven Charakter aus. Ähnliche Prozesse kann man seit längerer Zeit in der bayerischen und teilweise auch in der deutschen Politik beobachten. Intensive Diskussionen über die Haltung zur jüngeren Vergangenheit gab es in den letzten Jahren auch in Österreich, wo die nationalen Interessen schon seit langem mit Fragen der ungarischen, polnischen oder slowakischen Politik verknüpft sind. Die Durchsetzung spezifisch nationaler Interessen in der Innen- und der Außenpolitik, die vor allem auf ungelösten Problemen der Vergangenheit beruhen, sollte man al-

lerdings nicht überschätzen; diese Probleme können leicht in Konflikt mit anderen politischen und ökonomischen Interessen geraten, die zu größeren Spannungen zwischen den betroffenen Staaten führen. Andererseits hat es sich manchmal gezeigt, dass symbolische Fragen und ideologische Interessen – gar in Verbindung mit materiellen Ambitionen – eine nicht geringe Dynamik entwickeln können.

Den politischen Akteuren in den mitteleuropäischen Ländern bleibt jedoch kaum etwas anderes übrig, als ihre gesellschaftlichen und nationalen Interessen auch zum Gegenstand ihrer Außenpolitik zu machen. Erst wenn diese Probleme genügend transparent sind, können sie im Rahmen von internationalen Verhandlungen auf solche Weise angegangen werden, dass die Ergebnisse von internationalen Verhandlungen, die diese brisanten Angelegenheiten betreffen, zumindest in mittelfristiger Perspektive im Nachhinein von der Öffentlichkeit akzeptiert werden können. So zeigt zum Beispiel die Entschuldigung Vaclav Havels auf tschechischer Seite und in bestimmter Weise auch die tschechisch-deutsche Deklaration seitens Deutschlands, dass eine noch so gute politische Geste, wenn sie nicht wenigstens nachträglich von einem breiteren gesellschaftlichen Konsensus gestützt wird, die Probleme nicht lösen, sondern nur verschieben kann. Solche Probleme können dann mitunter in einem andere Gewande und mit noch größerer Wucht wiederkehren. In diesem Sinne sind die im Zusammenhang mit dem Vergangenheitsrezidiv gemachten Formulierungen und die Verteidigung der nationalen Interessen auf tschechischer, österreichischer oder deutscher Seite nicht unbedingt negativ zu bewerten; vielmehr können sie mittelfristig als ein Schritt zur Überwindung der Vergangenheit interpretiert werden.

Globalisierungsprozesse und Identitätsprobleme

Als dritte Ursache für das Wiederaufflammen der nationalen Interessen in der Tschechischen Politik sind die internationalen politisch-wirtschaftlichen Faktoren, die Globalisierungsentwicklungen zu nennen. Auch wenn die Globalisierung ein sehr allgemeiner, schwierig zu beschreibender Faktor ist, halte ich ihn für sehr wichtig. In den europäischen Ländern kann man einen bestimmten Typus von Reaktionen auf die Globalisierungsprozesse und den europäischen Integrationsprozess beobachten. Die zeitgenössische Politologie konnte diese Phänomene bisher noch nicht befriedigend beschreiben, doch ist zu vermuten, dass etliche parallel verlaufende Prozesse auf den Globalisierungsprozessen beruhen. Die Skala der Reaktionen auf die Integration und Globalisierung ist sehr breit und weist keineswegs nur negative Reaktionen aus; vielmehr kann man sehr wohl auch von positiven Reaktionen auf die Globalisierung der Märkte und auf die europäische Integration sprechen. Eine der sichtbarsten Reaktionen ist das, was man als Renationalisierung der europäischen Gesellschaften zu bezeichnen pflegt. Eng mit diesem Phänomen verknüpft ist der Erfolg extrem rechtsorientierter Parteien in einer Reihe von Ländern, ferner das Aufkommen neuer demokratischer Bewegungen und Parteien wie der österreichischen FPÖ oder der Forza Italia, die die nationalen Akzente hervorheben, aber auch die verstärkte Propagierung nationaler Interessen in der Programmatik einiger demokratischer Parteien der Mitte.

Die Bezeichnung dieser Phänomene als Renationalisierung der Politik ist jedoch ungenau. Nationalismus ist ein Begriff, der allzu sehr noch Anklänge an die Vergangenheit erkennen lässt und von daher belastet ist; aber dieser Begriff ist auch mit der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft verbunden. Gegenwärtig hat die Nationalisie-

rung jedoch nicht dieselbe Stärke und Intention und der gesamte Prozess nicht mehr jenen integrativen Charakter wie einst. Wir können vielmehr sagen, dass die Globalisierungs- und Integrationstendenzen bei einer Reihe von Menschen Verunsicherung hervorgerufen haben, die sich oft mit Unverständnis und Ohnmacht gegenüber diesen Entwicklungen verbinden. Dabei zeigen sich deutlich Tendenzen einer Wiederbelebung der Nationsfrage, eine Entwicklung, die jedoch sehr komplex ist und die sich mit Regionalisierungstendenzen vermischt. Dieser Prozess lässt klar die Stärkung der Faktoren subjektiver Befindlichkeiten erkennen, die eine deutlich konturierte, auch den Nahbereich einbeziehende *Identität* herausbilden.¹¹ Ein großer Teil von Bürgern verschiedener europäischer Länder kann sich nicht mit dem globalen Charakter der zeitgenössischen Zivilisation und dem sich immer stärker zusammenschließenden Europa anfreunden, was aber nicht unbedingt bedeuten muss, dass diese Bürger grundsätzlich gegen diese Entwicklungen sind. Dennoch wenden sie sich verstärkt jenen politischen Parteien zu, die sich als Wahrer einer *eindeutigen Identität* präsentieren, die zugleich nationalstaatlich und regional ausgerichtet ist. Schwierig wird es allerdings, diesen Prozess mittels des Modells Zentrum-Peripherie charakterisieren zu wollen, da angesichts des Zusammenspiels zentrifugaler und zentripetaler Bewegungen das Zentrum bzw. die Mitte nicht mehr genau bestimmt werden kann.

Zum Bestandteil des Angebotes an *eindeutiger Identität* gehört auch der Schutz von Interessen gesellschaftlicher und regionaler Art, die sich gegen die Interessen anderer, mitunter auch gegen die Globalisierungs- und Integrationseinflüsse richten. Unter dem Druck starker Konkurrenz versuchen etliche politische Vertreter, sich dieser Interessenlage anzupassen, auch wenn sie andererseits die Integrationsprozesse unterstützen. Von dieser allgemeinen Ent-

wicklung ist verständlicherweise auch die Tschechische Republik betroffen.¹²

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass eine der wesentlichen Funktionen der politischen Parteien die Vertretung der gesellschaftlichen Forderungen, Interessen und Wünsche im politischen Raum ist. Die Interessen, die auf diese Weise von den demokratisch gesinnten Parteien repräsentiert werden, stellen prinzipiell keine Gefahr für das System dar. Gefährlich sind vielmehr jene Vorstellungen und Interessen, die in der Gesellschaft – vielfach hinter vorgehaltener Hand – zwar diskutiert, jedoch von den demokratischen Kräften in den Medien und im politisch-parlamentarischen Diskurs tabuisiert werden. Dies öffnet nämlich den Raum für die radikalen und extremistischen politischen Kräfte, die sich so gerne als die Wahrer von *eindeutigen Identitäten* ausgeben. In diesem Sinne kann man die Erörterung der nationalen Interessen durch die demokratischen politischen Parteien Tschechiens im Zusammenhang mit dem Vergangenheitsrezidiv und der EU-Mitgliedschaft nicht nur für logisch, sondern auch für erforderlich halten.¹³

Schluss

Meine Ausführungen zeigen, dass die Belebung des Themas der nationalen Identität und der nationalen Interessen in der tschechischen Politik deutlich erkennbare innere und äußere Ursachen hat und ein Teil allgemeiner sozialer, kultureller und politischer Entwicklungen ist, wie sie im übrigen auch in Mitteleuropa und im gesamten europäischen Raum anzutreffen sind. Die dargestellten Probleme entfernen die Tschechen nicht von den anderen EU-Staaten. Vielmehr zeigen die Entwicklungen wie die Nationsfrage im Spannungsfeld innerer und äußerer Faktoren, die Globalisierungs- und Regionalisierungstendenzen u. a.,

dass die Tschechen im Wesentlichen den gleichen Einflüssen ausgesetzt sind wie die anderen Europäer und dass sie gewissermaßen analog auf diese Einflüsse reagieren.

Anmerkungen

¹ Im Potsdamer Abkommen von 1945 stimmten die Westmächte einer „Überführung der deutschen Bevölkerung oder deutscher Bevölkerungselemente, die in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn geblieben sind, nach Deutschland“ zu. Diese Überführung sollte „in geregelter und menschlicher Weise“ erfolgen. Die Beneš-Dekrete von 1945 gingen teilweise über die Bestimmungen des offiziellen Programms der Regierung der befreiten Tschechoslowakei von 1945 hinaus. Die tschechische Nationalversammlung betrachtet die Dekrete als Teil der geltenden Rechtsordnung.

² Vgl. Miroslav MAREŠ, *Moravistické politické strany a hnutí*, in: DERS. (Hg.), *Etnické a regionální strany v ČR po roce 1989*, Brno 2003, S. 22–98.

³ Vgl. Petr FIALA, *Der tschechoslowakische Föderalismus. Eine Analyse der Krise eines föderativen Systems*, in: Tilman EVERS (Hg.), *Chancen des Föderalismus in Deutschland und Europa*, Baden-Baden 1994, S. 209–216.

⁴ Vgl. Maya HERTIG, *Die Auflösung der Tschechoslowakei. Analyse einer friedlichen Staatsteilung*, Basel 2001.

⁵ Vgl. Geoffrey PRIDHAM, *The Dynamics of Democratization. A Comparative Approach*, London/New York 2000, S. 252–284.

⁶ Vgl. Ernest GELLNER, *Nationalism*, London 1997.

⁷ Vgl. Petr FIALA/Jiri HANUŠ, *A special case of secularisation*, in: *The Month. A Review of Christian Thought and World Affairs* 34 (2001), S. 95–102.

⁸ Vgl. Petr FIALA, *Die Situation der Staatsphilosophie und der Sozialphilosophie in der Tschechischen Republik*, in: KAS/Auslandsinformationen 21 (1999), S. 94–104.

⁹ Vgl. Lars BROZUS, *Nationales Interesse*, in: Dieter NOHLEN/Rainer-Olaf SCHULTZE (Hg.), *Lexikon der Politikwissenschaft*, München 2002, S. 560.

¹⁰ Vgl. Petr FIALA, *Deutsche und Tschechen im vereinten Europa*, in: Walter KOSCHMAL/Marek NEKULA/Joachim ROGALL (Hg.),

Deutsche und Tschechen. Geschichte, Kultur, Politik, München 2001, S. 496–503.

¹¹ Petr FIALA, Nacionalizace české politiky? in: Stanislav BALÍK/Petr FIALA/František MIKŠ (Hg.), Perspektivy Evropské unie. Konzervativně-liberální pohledy na aktuální otázky evropské politiky, Brunn 2004, S. 145–148.

¹² Vgl. Petr FIALA, Erweiterung der Europäischen Union. Hoffnungen und Sorgen der neuen Mitgliedsländer, in: KAS/Auslandsinformationen 20 (2004), S. 22–35.

¹³ Petr FIALA, Demokracie ve střední Evropě, in: Ladislav MRKLAS (Hg.), 15 let poté. Sborník k patnáctému výročí pádu komunismu v zemích střední a východní Evropy, Prag ¹2004, S. 15–20.